

23.12.2023

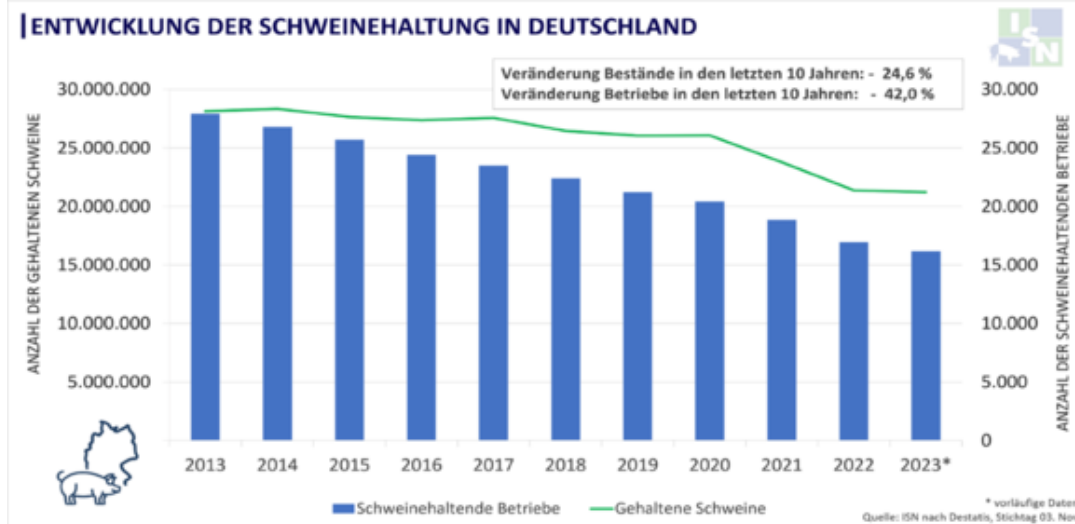
Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter



Liebe Leser,

das Team der Tierärzte Wonsees wünscht Ihnen und Ihren Familien ruhige und besinnliche Festtage und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen im vergangenen Jahr.

Das Team der Tierärzte Wonsees



Viehzählungsergebnisse: Wieder weniger Schweinehalter, aber Stabilisierung beim Bestand, 20.12.2023

Die heute vom Statistischen Bundesamt (Destatis) veröffentlichten Ergebnisse der Viehzählung vom 03. November, deuten nach den enormen Rückgängen der vergangenen Jahre nun eine Stabilisierung der Schweinebestände in Deutschland an. Nach den vorläufigen Daten befanden sich zum Stichtag 21,2 Mio. Schweine in den deutschen Ställen. Das waren 150.600 Tiere bzw. 0,7 % weniger als am 03.11.2022. Die Zahl der schweinehaltenden Betriebe belief sich auf 16.180, was 760 oder 4,5 % weniger als ein Jahr zuvor sind.

Mastschweinebestand um 1,5 % rückläufig:

In den einzelnen Tierkategorien ergibt sich folgendes Bild: Am 03. November 2023 wurden in Deutschland 9,58 Mio. Mastschweine gehalten; das entspricht einem Minus von 140.900 Tieren bzw. 1,5 % zum Vorjahr. Die Zahl der Jungschweine sank um 40.300 Schweine bzw. 1,0 % auf 3,83 Mio., während bei den Ferkeln ein leichtes Plus um 33.600 Tiere bzw. 0,5 % auf 6,40 Mio. verzeichnet wurde. Ziemlich konstant blieb die Zahl der Zuchtsauen mit 1,40 Mio. Tieren. Das waren nur 3.800 Sauen bzw. 0,3 % weniger als im November 2022.

Zahl der Betriebe sinkt weiter:

Auch wenn die Zahlen der jüngsten Viehzählung vom 03. November 2023 nur noch leicht rückläufig ausfallen, bleiben die Rückgänge im Zehnjahresvergleich enorm. Seit November 2013 haben sich 11.800 Betriebe aus der Schweinehaltung zurückgezogen, was einem Minus von rund 42 % entspricht. Im gleichen Zeitraum nahmen die Schweinebestände um 6,92 Mio. Tiere bzw. 24,6 % ab. Die durchschnittliche Betriebsgröße wächst damit weiter an. Während im Jahr 2013 ein Betrieb durchschnittlich 1.000 Schweine hielt, waren es zehn Jahre später 1.300 Tiere pro Betrieb.

Quelle: schweine.net

Bundesweit gleiche Förderbedingungen für Schweineställe, 15.12.2023

Bund und Länder haben ihren Streit um die künftige Stallbauförderung beigelegt. Der Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) hat in seiner heutigen Sitzung den Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) für die Jahre 2024 bis 2027 beschlossen. Danach soll es mit dem für Anfang 2024 geplanten Inkrafttreten des Bundesprogramms zum Umbau der Tierhaltung gleiche Förderbedingungen für Schweineställe in allen Ländern geben. Dazu wird die laufende Förderung der besonders tiergerechten Schweinehaltung aus der GAK herausgelöst; die investive Förderung von Stallbaumaßnahmen für die Schweinehaltung zur Verbesserung des Tierwohls wird befristet bis zum Jahresende 2027 in der GAK ausgesetzt. Weiter in der GAK möglich bleiben die Förderung von Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz in Ställen sowie die befristete Modernisierungsförderung im Bereich Sauenhaltung.

Planungssicherheit für die Tierhaltung:

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, der dem PLANAK vorsteht, sprach anschließend von einem wichtigen Schritt, um den Landwirtinnen und Landwirten verlässliche und für ganz Deutschland einheitliche Rahmenbedingungen zu geben.

Gut 900 Millionen Euro in der GAK:

Özdemir bestätigte, dass die Beschlüsse, die der Haushaltsausschuss in seiner Bereinigungssitzung Mitte November zur GAK gefasst hat, Bestand haben. So würden die im Regierungsentwurf vorgesehenen Kürzungen wurden um 66,8 Mio. Euro deutlich abgemildert. Das sei ein echter Erfolg, der den Menschen in den ländlichen Räumen zugutekomme, sagte der Minister. Ursprünglich sollte die Kürzung 293 Mio Euro betragen. Damit belaufen sich die Bundesmittel für die GAK im kommenden Jahr aller Voraussicht nach auf 907 Mio Euro. In diesem Jahr sind es rund 1,13 Mrd Euro.

Quelle: raiffeisen.com, AgE/rm

Schweineförderung: Aus für Investitionsprogramm in Bayern, 18.12.2023

Bayern darf bis auf weiteres keine eigenes Förderprogramm für Investitionen in Tierwohlställe anbieten. Grund ist der jüngste Beschluss des Planungsausschusses für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK). Danach ist die AFP-Förderung von tiergerechten Schweineställen aus der Gemeinschaftsaufgabe (GAK) herauszulösen. Die investive Förderung für Schweineställe zur Verbesserung des Tierwohls wird befristet bis zum Ende 2027 in der GAK ausgesetzt. Laut Planak will der Bund mit dem Schritt bundesweit einheitliche Förderbedingungen schaffen. Das neue Bundesprogramm zur Förderung von Investitionen in tiergerechtere Stallbauten und laufenden Mehrkosten soll Anfang 2024 starten. Weiter in der GAK möglich bleiben die Förderung von Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz sowie die befristete Modernisierungsförderung in der Sauenhaltung.

ISN kritisiert zu hohe Auflagen:

Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschland (ISN) hält das Bundesprogramm indes nur für eine „Schaufensterförderung“. Bundeseinheitliche Förderkriterien für den Umbau der Schweinehaltung seien zwar zunächst einmal richtig – die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten wie Betriebsstrukturen aber ebenso. Deshalb wären ergänzende länderspezifische Fördermöglichkeiten, die auf einen bundeseinheitlichen Förderrahmen abgestimmt sind, deutlich besser gewesen, so die ISN. Zudem kommt laut Interessengemeinschaft die in Aussicht gestellte Förderung des Bundes nur für wenige Schweinehalter in Frage. Zu hoch seien für die meisten Schweinehalter die Zugangsvoraussetzungen und Kriterien laut den Richtlinienentwürfen.

Quelle: wochenblatt-dlv.de

Land- und Forstwirtschaft muss Entgelt für Wasserentnahme zahlen, 15.12.2023

Die Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser durch die Land- und Forstwirtschaft ist in Rheinland-Pfalz künftig kostenpflichtig. Umweltministerin Katrin Eder (Grüne) verwies als Begründung für die neue gesetzliche Regelung am Donnerstag im Mainzer Landtag auf die zunehmende Wasserknappheit in Zeiten des Klimawandels und die Dürreperioden der vergangenen Jahre. Die Oppositionsfraktionen von CDU, Freien Wähler und AfD stimmten gegen die neue Regelung.

Das Wasserentnahmeentgelt wurde schon Anfang 2013 in Rheinland-Pfalz eingeführt. Seitdem war die Entnahme von Grundwasser sowie Wasser aus oberirdischen Gewässern für die Bewässerung in der Land- und Forstwirtschaft aber weiter kostenlos. Die künftigen Einnahmen sollen zweckgebunden für Maßnahmen zur schonenden Bewässerung verwendet werden. Für Wasser- und Bodenverbände soll ein um die Hälfte reduzierter Satz gelten. Redner der Oppositionsfraktionen kritisierten die Belastungen für die rheinland-pfälzischen Landwirte und Winzer durch das Wasserentnahmeentgelt. Die neue Regelung habe keine Lenkwirkung.

Quelle: proplanta.de

Österreich: Schwerpunktkontrollen im Reiseverkehr wegen Afrikanischer Schweinepest, 17.12.2023

Die ASP ist derzeit vor allem in Bosnien und Herzegowina, in Serbien sowie im Kosovo sehr aktiv. Aufgrund der bevorstehenden Feiertage und des damit einhergehenden Reiseverkehrs aus den betroffenen Ländern, weist das Österreichische Bundesministerium für Finanzen ausdrücklich auf die Gefahr der Verschleppung des Virus nach Österreich durch mitgebrachtes Schweinefleisch bzw. Schweinefleischerzeugnisse hin. Die Mitnahme derartiger Produkte (dazu zählen z.B. auch Rohschinken, Wurstwaren, Fleischaufstriche etc.) aus Nicht-EU Staaten ist verboten, so das Ministerium. Aus EU-Mitgliedstaaten darf eine Mitnahme in Haushaltsmengen erfolgen, sofern der Hersteller diese im Herkunftsland einer ordnungsgemäßen veterinärbehördlichen Kontrolle unterzogen hat, wovon bei regulär im Handel befindlichen Produkten jedenfalls auszugehen ist.

„Um eine Einschleppung der hochansteckenden Tierseuche nach Österreich zu verhindern, wird es in den kommenden Wochen zu Schwerpunktkontrollen im Reiseverkehr kommen“, kündigt Finanzminister Magnus Brunner über Weihnachten eine gemeinsame Schwerpunktaktion des österreichischen Zolls mit dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), dem Bundesamt für Verbrauchergesundheit (BAVG) und der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) an. Ziel sei es, „gerade bei Reisenden das Bewusstsein zu schaffen, dass die Mitnahme von Fleisch aus Nicht-EU Staaten verboten ist und vom

Das Metzgerhandwerk Bayern unterstützt den Protest des Bauernverbands gegen die Beschlüsse der Bundesregierung, 2024 Steuererleichterungen zu streichen. Der Landesinnungsverband (LIV) für das bayerische Fleischerhandwerk forderte seine Mitglieder anlässlich der Proteste der Landwirte am gestrigen Montag in Berlin zu der Aktion „Wir stellen die Gummistiefel vor die Tür!“ in oder vor ihren Geschäften auf.

Unter diesem Motto hatten am Samstag, den 16. Dezember, unter anderem auch rund 250 bayerische Landwirte gebrauchte Gummistiefel in die Rosenheimer Fußgängerzone gestellt und so gegen die angekündigte Streichung von Agrarsubventionen protestiert.

Protestplakat fürs Schaufenster:

Zudem hat der Landesinnungsverband ein Protestplakat entwickelt, das die Metzger auch im Laden aufhängen können. „Wir kämpfen Seite an Seite mit unseren Partnern gegen die Mehrbelastungs-Beschlüsse der Bundesregierung. Durch diese werden nicht nur die Landwirte, sondern auch unsere Betriebe im kommenden Jahr massiv belastet“, schreibt LIV-Geschäftsführer Lars Bubnick in einer Mail an die Mitglieder und führt die drohenden steigende Erzeugerkosten unter anderem durch die Mehrbelastung der Landwirte, die drohenden steigende Lieferantenkosten etwa durch die Mautregelungen und die beispielsweise massiv steigende Energiekosten durch den Wegfall der Preisbremsen und wegfallende Subventionen für Netzentgelte an. Die Aktion des Fleischerverbands Bayern ist laut Bubnick mit dem Präsidenten des Bayerischen Bauernverbands (BBV) abgestimmt.

Quelle: fleischwirtschaft.de



Wieder eine Rekorderte an Getreide eingefahren, 20.12.2023

Schon seit längerem weisen die offiziellen Daten für China Jahr für Jahr neue Rekorderten an Getreide aus, so erneut auch für 2023. Wie das Nationale Büro für Statistik kürzlich mitteilte, wurden einschließlich Eiweißpflanzen und Kartoffeln insgesamt 695,4 Mio. Tonnen Getreide eingebracht; das waren 8,9 Mio. Tonnen oder 1,3% mehr als im bisherigen Spitzenjahr 2022. Zurückzuführen war dies einerseits auf eine Ausweitung der Anbaufläche um 636.000 Hektar oder 0,5% auf 119,0 Mio. Hektar. Andererseits nahm der amtlichen Statistik zufolge auch der durchschnittliche Flächenertrag im Vorjahresvergleich zu, und zwar um 0,8% auf 58,5 Dezitonnen je Hektar. [...]

Weniger Witterungsschäden:

Dem Pekinger Landwirtschaftsministerium zufolge hat es 2023 wieder regionale Extremwetterereignisse wie Trockenheit oder Überschwemmungen gegeben, die zu Ernteverlusten geführt haben. Dazu gehörten etwa die massiven Überflutungen in der nordostchinesischen Provinz Heilongjiang im August, denen große Teile der gerade reifenden Reispflanzen zum Opfer fielen. Daten des Ministeriums zufolge waren 2023 etwa 9,6 Mio. Hektar landwirtschaftliche Flächen von Taifunen, Dürren, Überschwemmungen, Frost und Hitzewellen betroffen. Das waren jedoch 1,9 Mio. Hektar weniger als im Vorjahr und sogar 7,2 Mio. Hektar weniger als im Fünfjahresmittel. Laut dem Pekinger Agrarressort haben auch die Förderung ertragreicher Mais- und Sojasorten sowie die schnelle Katastrophenhilfe bei Schäden zu der insgesamt erneuten Produktionssteigerung beigetragen.

Quelle: raiffeisen.com, AgE/dw

Entwaldungsfreies Soja, 20.12.2023

Ab 1. Januar 2024 sind die QS-zertifizierten Unternehmen verpflichtet, ausschließlich Futtermittel zu vertreiben, die dem QS-Sojaplus-Standard genügen. Damit ermöglicht QS der gesamten Produktionskette für Fleisch und Fleischwaren, auf den Einsatz von nachhaltiger erzeugtem Soja zu verweisen. QS-Systempartner vermarkten zukünftig nur noch Fleisch und Fleischprodukte, die von Tieren stammen, deren Futter, wenn es Soja enthält, konform ist mit dem Modul QS-Sojaplus. Die freiwillige Übergangsfrist endet zum 31.12.2023. [...]

Die Zertifizierung des nachhaltigen Sojabohnenanbaus bezieht sich auf die etablierte FEFAC-Soy Sourcing Guideline. Sie beinhaltet 73 Nachhaltigkeitskriterien, die soziale, ökonomische und ökologische Aspekte im Sojaanbau vor Ort berücksichtigen. Damit unterscheidet sich das Modul QS-Sojaplus deutlich von den Anforderungen der EU-Verordnung. Diese setzt im Fokus auf Entwaldungsfreiheit – einen Teilaspekt der Nachhaltigkeitskriterien. Selbstverständlich wird auch das Soja im QS-System dann ab 30.12.2024 den Anforderungen der EU-Richtlinie entsprechen und nachweislich entwaldungsfrei sein.

Aktuell sind weltweit noch nicht die benötigten Mengen an Sojabohnen aus nachhaltigem Anbau gemäß den QS-Sojaplus Anforderungen physisch für den Einsatz in Futtermitteln verfügbar. Deshalb können Futtermittelunternehmen im QS-System auch Sojabohnen aus noch nicht nachhaltig

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 73,00 EUR

(25.12.23 - 31.12.23)

Vorwoche: 73,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 2,10 EUR

(20.12.23)

Vorwoche: 2,10 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de



[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)